

# Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

September 2015

09/2015

## Flüchtlingen eine Heimat bieten

Kriege beenden - soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Krisengebieten fördern

Viele Menschen hatten vor 25 Jahren die Hoffnung, das Ende des Kalten Krieges und der atomaren Bedrohung würde den Weg für eine Welt freimachen, die sich den wirklichen Menschheitsproblemen stellt, dem Hunger, der Unterentwicklung, der Arbeitslosigkeit.

Das Gegenteil ist eingetreten: Ein neuer Zyklus von Kriegen begann, im Irak 1991 und 2003, in Jugoslawien 1999, in Afghanistan 2001, in Libyen 2011 und in Syrien seit 2011. Es sind genau diese Regionen, aus denen heute die meisten Flüchtlinge kommen. Neben Kriegen und Rüstungsexporten treiben die neoliberalen Abkommen mit den Ländern im Osten und Süden der EU in die Flucht.

... Die aktuelle Flüchtlingskrise wirft aber auch die Frage nach der grundsätzlichen Ausrichtung der EU auf: Soll weiter an einer »Festung Europa« gebaut werden, umringt von einem Kordon völlig wirtschaftlich abhängiger Länder, die kaum die Möglichkeit haben, eigenständige Sozialpolitik zu betreiben und in die die Flüchtlingsabwehr hineinverlagert wird? Oder soll die EU endlich anfangen, die Einreise zu legalisieren und zugleich eine Nachbarschaftspolitik betreiben, die auf Kriege und Rüstungsexporte verzichtet und die soziale und wirtschaftliche Ent-

wicklung dieser Länder fördert, im Balkan, wie in Afrika. Diese Diskussion muss jetzt geführt werden. Meines Erachtens wäre nur die letzte Option mit den viel beschworenen europäischen Werten vereinbar.

*Andrej Hunko,  
für DIE LINKE Mitglied  
im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU  
Quelle: linksfraktion.de,  
1. September 2015 (gekürzt)*

**Brandstifter ermitteln und verurteilen**  
Viel kann man heutzutage in den sozialen Netzwerken wie Facebook darüber lesen, was sogenannte »Besorgte Bürger« von den Flüchtlingen halten, die vor Krieg und Elend fliehen und sich nichts anderes wünschen, als ein bisschen Frieden zu finden. Wenn man dann aber Kommentare liest, die an Bösartigkeit und Geschichtsvergessenheit kaum zu übertreffen sind, fragt man sich doch, was in diesem Land eigentlich schief läuft. Überall auf der Welt wird Krieg auch und vor allem mit deutschen Waffen geführt, während



Brandanschlag auf geplante Flüchtlingsunterkunft in Nauen am 24. August 2015

Foto: Andrea Johlige

Deutschland kräftig daran verdient. Da ist es verdammt nochmal unsere Pflicht, die Menschen aufzunehmen, denen nichts mehr geblieben ist außer ihr eigenes Leben! Für mich steht nach wie vor fest, Asylrecht ist Menschenrecht, und jeder Mensch, der vor Krieg, Verfolgung oder anderem Elend fliehen muss, hat ein Recht darauf, in einen Staat wie Deutschland Unterschlupf zu finden. Wer das bis heute nicht in seinen Kopf gekriegt hat, muss nicht gleich ein Nazi sein, ist aber in jedem Fall herzlos und einer, der aus der Geschichte rein gar nichts gelernt hat.

*Paul Schmudlach  
Kreisvorsitzender DIE LINKE. OPR*

*Fortsetzung auf Seite 2*

## 25 Jahre deutsche Einheit

Natürlich war es keine Vereinigung, was am 3. Oktober 1990 in Deutschland geschah. Es war ein von Kohl und Co. organisierter und von der Mehrheit der Volkskammer der DDR sanktionierter Anschluss der DDR an die BRD.

Wenn am 3. Oktober wieder führende Politiker (außer die der LINKEN) zu Jubelfeiern anlässlich des 25. Jahrestages der deutschen Einheit die Errungenschaften loben, wäre es eigentlich einmal an der Zeit, die letzten 25 Jahre etwas kritischer zu betrachten.

### Was wurde wirklich erreicht?

Unbestritten ist, dass sich das Erschei-

nungsbild vieler Städte sehr positiv verändert hat sowie Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen instandgesetzt und erneuert wurden. Auch können die ehemaligen DDR-Bürger, was ein Großteil vermisst hatte, heute uneingeschränkt überallhin reisen, vorausgesetzt, man kann es sich leisten. Aber wir mussten auch viel Neues im geeinten Deutschland kennenlernen - Arbeitslosigkeit war etwas völlig unbekanntes für uns. Dass man sich plötzlich mit aller Kraft durchsetzen muss, kannten wir bisher nicht. Auf einmal wurden ehemalige Kollegen und Freunde zu Gegnern bei der Jobsuche u.ä. Das wollten und konnten viele nicht

wahrhaben, einige wurden dadurch auch krank und depressiv.

### Nach der Euphorie kam der Schock

Als die Treuhandanstalt dann anging, »Tabula rasa« zu machen und ein Kombinat bzw. Betrieb nach dem anderen »plattgemacht« bzw. für eine symbolische Mark verkauft wurde, standen plötzlich Hunderttausende vor dem Nichts. Und dann kamen noch die Alteigentümer, die ihre Häuser und Grundstücke zurückhaben wollten. Das politisch gewollte System »Rückübertragung vor Entschädigung« führte dazu, dass plötzlich selbstgebaute oder gekaufte Häuser u.ä., welche DDR-Bürger in »Treu und Glauben« reell

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Flüchtlingen eine Heimat bieten

Fortsetzung von Seite 1

Wir haben uns in Rheinsberg schon vor längerer Zeit mit Stadt und Wohnungsgesellschaft über eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen geeinigt und seit einem Jahr Wohnungen angeboten - 19 wurden und werden belegt. Dieser »Rheinsberger Weg«, gemeinsam mit allen die dezentrale Unterbringung zu organisieren, hat sich bisher gut bewährt, die Flüchtlinge finden vor allem schnell Kontakt mit den Bürgern.

Wir hatten dazu vorher eine richtig gute Bürgerversammlung - mit Leuten, die etwas wissen und direkt helfen wollen. Freke Over, Kreistagsabgeordneter, bis Mai 2015 Stadtverordneter in Rheinsberg

Das Wichtigste, was wir im Kreis jetzt brauchen, sind geeignete Unterkünfte in einer größeren Zahl. Für die ganze

## 25 Jahre deutsche Einheit

Fortsetzung von Seite 1

erworben hatten, zur Disposition standen. Hier zeigte sich eindeutig, dass der einfache Anschluss der DDR an die BRD und somit deren Rechtssystem ein Fehler war. Anstatt eine neue, gemeinsame Verfassung mit einem Rechtssystem, in dem die Errungenschaften beider Systeme hätten vereinigt werden können, zu schaffen, wurde uns ein Recht vorgesetzt, das auch erhebliche Mängel aufweist. Bei einer echten Vereinigung hätte man die positiven Gesetze, beispielsweise zum Familien- oder Arbeitsrecht der DDR, als gültiges Recht einführen können.

### Politisch wollte man eine Annäherung, aber die Realität ....

Nach wie vor gibt es immer noch sehr große Unterschiede zwischen Ost und West. Nicht nur das unterschiedliche Konsumverhalten, welches der größeren Armut und Arbeitslosigkeit im Osten oder auch dem geringeren durchschnittlichen Arbeitseinkommen (das in den letzten 25 Jahren nie mehr als ¾ des westdeutschen Durchschnitts erreichte), geschuldet ist, sondern auch die Beschäftigungsquote hinkt immer noch der westdeutschen hinterher.

Sieht man sich die vom »Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung« im Juli veröffentlichte Studie unter dem Titel »So geht die Einheit« an, so kommt man zu dem Schluss, dass so wie bisher die Einheit nicht geht. »Das Gebiet der ehemaligen DDR wird eine Armuts- und Binnenkolonie bleiben, mitten in einem der reichsten Länder

Bundesrepublik hat sich, gemessen zu Jahresanfang, die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge verdreifacht; das geht auch an uns nicht vorüber - 1.100 werden es in etwa für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Die Städte und Gemeinden wissen das alle und suchen nach Möglichkeiten. Die Wohnungsgesellschaften haben reagiert und bieten Wohnungen an.

Ich denke, wir alle sollten uns bewusst machen, dass wir diesen Menschen einfach helfen müssen. Die Bürger sollten sich nicht verrückt machen lassen von den Rechten, nicht von ihnen und ihrer Hetze ins Bockshorn jagen lassen. Die Flüchtlinge werden uns nicht überfordern, sie brauchen unsere Solidarität, sie bekommen unsere Unterstützung. Wir werden das meistern!

Martin Osinski, Koordinator Asylbewerber Landkreis OPR

der Welt« (S. Carlens, JW vom 23.7.2015).

### Fazit

Dass nicht alles optimal gelaufen ist, sagen selbst führende Bundespolitiker, aber die notwendigen Schlussfolgerungen daraus ziehen? - Fehlanzeige! Noch heute werden viele ostdeutsche Rentner um ihre Lebensleistung gebracht. Dass der ländliche Raum verödet – das sei ostdeutsche Ländersache. Dass es nach wie vor eine hohe Abwanderung der Jugend von Ost nach West gibt, weil man dort bessere Berufschancen hat - das ist nun mal so. Diese Aufzählung könnte man beliebig fortsetzen. Es gibt aber auch etwas Positives. Das System der Kinderkrippe/Kindergarten wurde jetzt gesamtdeutsch eingeführt, nachdem man es erst verteuert hatte. Ebenso ist es mit den Polikliniken, nur dass sie jetzt Ärztehaus oder medizinisches Versorgungszentrum heißen.

Ein Ziel der bundesdeutschen Wendepolitik ist auf jeden Fall gescheitert. Die DDR aus dem Gedächtnis der Bürger auszulöschen, ist fehlgeschlagen. Nicht nur die Generation, die als Erwachsene die DDR bewusst erlebt und mitgestaltet hat, erinnert sich oft daran, auch deren Kinder haben sehr positive Erinnerungen. Neulich sagte eine 35-jährige Frau: »Wir hatten zwar kein Farbfernsehen, keinen Mercedes und keine Coca Cola - aber wir hatten eine glückliche Kindheit mit Ferienlager und so, und meine Eltern hatten immer Arbeit.« am

## Kommentar

### Verschenkte Chance

Als am 23. August 1990 kurz nach Mitternacht die letzte Volkskammer der DDR mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit den Anschluss der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes (GG) beschlossen hatte, jubelten die bürgerlichen Medien euphorisch. Neben einigen wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen votierte die gesamte SED-PDS-Fraktion der Volkskammer aber dagegen.

Waren nicht die Aktivisten des »Neuen Forum« angetreten, um eine erneuerte, bessere DDR zu schaffen? Und jetzt kipten sie um. Anstatt, wie von PDS-Politikern gefordert, den Weg über Artikel 146 des GG (also über Volksentscheid und gemeinsame Verfassung) zu gehen, entschied sich die Mehrheit der Volkskammerabgeordneten für den von der West-CDU vorgegebenen Weg. Obwohl der SPD-Vorsitzende Willy Brandt vor diesem »Holzweg« (gemeint ist Artikel 23) intensiv gewarnt hatte, folgte die Ost-SPD ihrem großen Koalitionspartner, der CDU.

Mit dieser Mehrheitsentscheidung der Volkskammer wurden alle Hoffnungen der DDR-Bürger auf einen gemeinsamen Neubeginn in einem geeinten Deutschland begraben. Auch wurde dadurch eine echte Gleichberechtigung von Ost- und Westdeutschen sowie eine größere demokratische Legitimation den westdeutschen Interessen geopfert. Die Quittung dafür erhalten wir heute tagtäglich immer wieder neu.

Nach wie vor gibt es eine Rentenungerechtigkeit. An dem von der Treuhandanstalt organisierten, den westdeutschen Industrieinteressen geschuldeten, wirtschaftlichen Ausverkauf der DDR, kränken noch heute alle neuen Bundesländer. Aber auch alle Errungenschaften, welche die Werktätigen der DDR geschaffen hatten, wurden rigoros beseitigt. Es wurde, wie man damals sagte, alles »platt gemacht«, was an die DDR erinnerte. Einige Berufsabschlüsse waren plötzlich nichts mehr wert, sie mussten nach westdeutschen Standards neu gemacht werden (z.B. Unterstufenlehrer). Sogenannte systemnahe ehemalige DDR-Bürger wurden gesellschaftlich geächtet und verloren ihre Arbeit.

Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen. Das Fazit dieses Prozesses: Das westdeutsche System wurde der DDR komplett übergestülpt. Es war also keine deutsche Vereinigung, sondern ein Anschluss der DDR an die BRD!

Achim Müller

# Wem gehört das Land – Bodenpolitik gestern und heute

## Diskussion der historischen Ereignisse im Nachkriegsherbst 1945

Am Dienstag, den 2. September wurde sich in Kyritz gleich auf drei Veranstaltungen mit der demokratischen Bodenreform von 1945 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone beschäftigt. Hier hielt Wilhelm Pieck (KPD) seine entsprechende Rede und nahm dabei Bezug auf die sogenannten »vier D's«, welche bei allen alliierten Siegermächten als konsensuelle (übereinstimmende) Zielstellung galt: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung. Auch Dieter Groß, als Vertreter der Linkspartei, fand 70 Jahre später am Denkmal in Kyritz treffende Worte in Erinnerung an jenen historischen Prozess.

Nur wenig später gaben sich politische Gegner der Bodenreform die zweifelhafteste Ehre, am Denkmal den Beschluss der vier demokratischen Parteien im Osten Deutschlands zu verunglimpfen. Vor allem die Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum war hier maßgeblich, die aus 18 teilweise offen antikommunistischen Mitglieds- und Kooperationsverbänden

besteht und deren Funktionsträger gerne noch ein »von« im Namen pflegen. Einige wenige ihrer AnhängerInnen fanden auch den Weg zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im nahe gelegenen Gymnasium, um ihrer Kritik Nachdruck zu verleihen. Die dort Anwesenden hielten in der Debattenrunde argumentativ überzeugend dagegen, ehrten eine Zeitzeugin und es gab eine historische Einführung von zwei Referenten.

3,3 Millionen Hektar Land der Junker und Großgrundbesitzer wurden entschädigungslos enteignet.

82.500 landarme Bauern und 183.300 Landarbeiter, Handwerker und andere erhielten Bodenparzellen. Die Existenzbedingungen für rund 1,3 Millionen Menschen in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone wurden damit verbessert. Die Ernährung der Bevölkerung konnte wieder gesichert werden.

In den demokratisch gewählten Bodenreformkommissionen in den Dörfern, die das Land aufteilten, wirkten 19.700 Landarbeiter, 18.556 landarme Bauern und Kleinpächter, 6.352 Umsiedler und Flüchtlinge sowie 7.684 Arbeiter und Dorfhandwerker mit.

Durch die Kohl-Regierung wurde ab 1992 mit der »Abwicklung der Bodenreform« begonnen. 40.000 Erben der Landempfänger wurden in der Folgezeit ihres Bodens beraubt.

ch-

PDS gegen das Agrarkartell aus CDU/CSU, (Groß)Bauernverband und Alteigentümern nachvollzogen werden, bei dem es um nichts geringeres als die reaktionäre Privatisierung des Bodens zum Zwecke des leistungslosen Profits (in Form von Pachteinahmen) ging.

In der darauffolgenden, oben erwähnten, Diskussion wurde sich durch Untersuchung der politischen, sozialen, historischen und ökonomischen Dimensionen der Bodenreform der Frage nach Recht- oder Unrechtmäßigkeit der entschädigungslosen



Foto: Kirsten Tackmann

Enteignung der damaligen Junkerkaste (mit mehr als 100 Hektar Landbesitz) zugunsten von Klein- und Neubauern genähert.

In einer zweiten Podiumsdiskussion mit dem zahlreich erschienenen Publikum konnte die Brücke zu aktuellen Prozessen, wie dem sog. land-grabbing (der weltweiten Aneignung von ehemals staatlichen oder kleinbäuerlichen Agrarflächen durch Konzerne) geschlagen werden. So erfuhr Interessierte bspw. von der Arbeit der LINKEN auf allen institutionellen Ebenen zum Thema Bodenbewirtschaftung.

Leider ließen sich die ReferentInnen nicht auf die spekulative Frage nach möglichen Auswirkungen einer Bodenreform heutzutage ein, wodurch es versäumt wurde, einen visionären Ausblick zu skizzieren. Dennoch ist die Erinnerung an die Bodenreform als grundlegender Teil einer proletarischen Revolution - trotz der Initiierung von »oben«, wie jemand aus dem Publikum anmerkte, gelungen und konnte auch jüngere GenossInnen überzeugen, sich mit dem Thema näher auseinanderzusetzen.

Neben den Veranstaltern und den Vortragenden ist besonderer Dank auch an Lothar Weigelt zu richten, dessen umrahmende Ausstellung das informative Sahnehäubchen an diesem Tag war.



Interessante Vorträge waren zu hören

Foto: Holger Kippenhahn

## Besuch im Bärenwald

»Bärenstark« mit MdB Kirsten Tackmann bei Tierschützern unterwegs

Lange war es geplant: der Besuch der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann im Bärenwald Müritz. Am 17. August war es endlich so weit: Zusammen mit Genossen aus dem Regionalverband Wittstock und aus dem mecklenburgischen Plau wurde nach den Bären Ausschau gehalten.

Der Bärenwald wird betrieben von dem als seriös geltenden Tierschutzverein »Vier Pfoten« unter der Bezeichnung Bärenwald Müritz gGmbH - etwas irreführend, weil der Wald nicht an der Müritz liegt, sondern am Plauer See. Diese kleine Irritation wurde aber durch die uns gebotene hervorragende Führung von Mitarbeiter Bernd Reimann durch den Bärenwald mehr als wettgemacht.

Der Tierschutzverein hat in dem Waldgebiet am südöstlichen Ende des Plauer Sees, ca. 10 km von der Autobahnabfahrt Röbel entfernt, in einem 16 ha großen Waldgebiet mehrere große Gehege eingerichtet, in denen bis zu 30 Bären gehalten werden können. Maximal zwei Bären haben bis zu 2 ha abwechslungsreiches Waldgelände zur Verfügung, ausgestattet mit Wasserstellen, Höhlen und vielen Attraktionen. Ob die Bären zu sehen sind oder nicht, bleibt ihnen selber überlassen, aber es ist unwahrscheinlich, dass man keine Bären zu sehen bekommt, da schon die Methode der Fütterung der Bären dafür sorgt, dass sie ständig in Be-

wegung bleiben. Die enormen Mengen an Obst, Brot, Fleisch, Hundefutter und anderen Zutaten werden sorgfältig in den Gehegen verteilt und versteckt, so dass die Bären gezwungen sind, sich ihr Futter zu suchen und nicht faul in ihrer Höhle zu liegen. Ihnen hilft dabei ihr enorm guter Geruchssinn, der eine Reichweite bis zu etwa 10 Kilometern aufweist.

Im Bärenpark werden ausschließlich Braunbären aus ehemals »schlechter Haltung« gehalten, so aus Zirkussen, Zoos, privaten Haltungen oder sogar ehemalige rumänische »Tanzbären«, die bis zu ihrem Leben im Bärenwald zum Teil extrem misshandelt wurden. Der Tierschutzverein versucht alles denkbar mögliche, das Leben den Tieren so tiergerecht wie möglich zu gestalten. Dieses wurde während der gesamten Führung deutlich. In den Jahren seit Gründung des Bärenwalds im Jahr 2006, zu deren Einweihung Kirsten Tackmann mit dem damaligen mecklen-



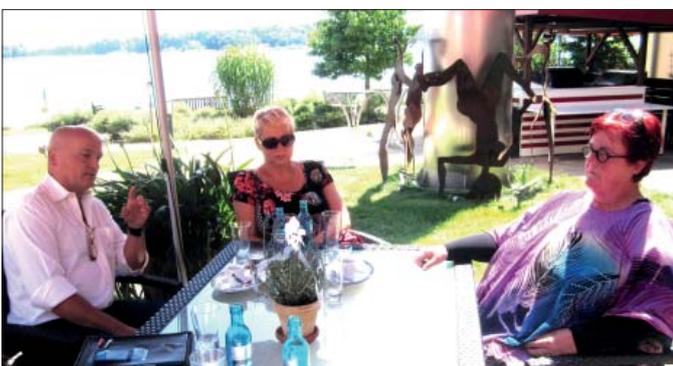
Bernd Reimann mit Karl-Otto Kaschull, Kirsten Tackmann, einem Genossen aus Plau und Christian Richter (v. l.) auf Erkundungstour Foto: Andreas Bergmann

burgischen Umweltminister Wolfgang Methling zu Gast war, hat sich viel getan: Das Gelände wurde um 8 ha vergrößert, die Anzahl der Bären wuchs von anfangs 6 auf aktuell 18 männliche und weibliche Tiere.

Ein Besuch im Bärenwald lohnt zu jeder Jahreszeit. Mit ihm und dem fälligen Eintritt von 7,50 Euro pro Person leistet man einen - wenn auch kleinen - Beitrag, dass »Vier Pfoten« weitere Bären in Obhut nehmen kann!

Karl Otto Kaschull  
Andreas Bergmann  
RV Wittstock-Heiligengrave

## Ehrlich und objektiv



Auf der Pressekonferenz (v. l.: Volkmar Schöneburg, Petra Bochow (Wahlkreismitarbeiterin), Margitta Mächtig Foto: Achim Müller

Am 3. August besuchten Margitta Mächtig, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Landtages und Volkmar Schöneburg, Mitglied im Rechts- und Petitionsausschuss, die Justizvollzugsanstalt (JVA) Wulkow. Mit diesem Besuch begannen beide Landtagsabgeordnete ihre

Im Ergebnis stellten die Abgeordneten fest, dass es einen sehr hohen Krankenstand von durchschnittlich einem Viertel der Mitarbeiter, Nachholbedarf bei der Erstellung von Vollzugsplänen, aber auch bei der Neuberufung des Beirats der JVA, gibt. Jedoch war nach Meinung aller

Besuchsserie durch alle JVA des Landes. Der Grund, warum gerade Wulkow die erste Station war, ist die negative Berichterstattung über diese Einrichtung.

In Gesprächen mit dem Anstaltsleiter, Vertretern des Beirates der JVA und einem Gefangenenvorteiler wurden die Probleme diskutiert.

Beteiligten die Berichterstattung in den Medien überzogen. Das Grundproblem von Wulkow liegt darin, dass es sich um eine Kurzzeitstrafanstalt handelt, in der die Insassen durchschnittliche Freiheitsstrafen von bis zu 12 Monaten absitzen, und damit die Arbeit mit den Gefangenen einen straffen Zeit- und Organisationsplan erfordert.

Abschließend wurden konkrete Maßnahmen verabredet. Diese beinhalten u.a., die Personalplanung neu zu überdenken, auch unter stärkerer Beachtung des EU-Rechts und der Tatsache, dass es immer mehr Insassen mit Migrationshintergrund gibt. Aber auch über die Notwendigkeit der Verbesserung des Gesundheitsmanagements für die Bediensteten und die schnellstmögliche Neuwahl des Beirats der JVA sowie verbesserte Arbeitsangebote für die Gefangenen wurde gesprochen.

Achim Müller

# Aktiv für Fehrbellin

## Unsere Arbeit als linke Abgeordnete

Nun bin ich (parteilos) inzwischen die 2. Legislaturperiode für die Fraktion DIE LINKE als Gemeindevertreter in Fehrbellin tätig, nachdem ich vorher schon einige Jahre als Mitglied im Ortsbeirat Protzen und seit diesem Jahr auch noch als Ortsvorsteher in Protzen aktiv bin.

Leider ist unsere Fraktion bei den letzten Kommunalwahlen nach den desaströsen Wahlergebnissen der LINKEN allgemein von vorher vier Abgeordneten auf nun nur noch zwei Abgeordnete (Brigitte Gutsch als Fraktionsvorsitzende und meine Person) geschrumpft. Das erleichtert die Arbeit in der Gemeindevertretung nicht gerade. Umso mehr Wert legen wir darauf, für unsere Gemeinde wichtige, auf der Tagesordnung stehende Aufgaben, aktuelle Fragen bzw.

Projekte möglichst vorher in unserem Regionalverband Fehrbellin zu besprechen und uns eine Meinung zu bilden.

Ich kann auch einschätzen, dass sich die Arbeit in der Gemeindevertretung, mit der Verwaltung und der Bürgermeisterin relativ pragmatisch und weitgehend an Sachthemen orientiert und ohne großen Parteien- bzw. Fraktionsstreit gestaltet. Dabei steht das Gesamtwohl der Gemeinde an vorderster Stelle. Dass das nicht immer und überall so sein muss, sieht man ja oft an Presseveröffentlichungen z.B. über die Arbeit von Abgeordneten in Rheinsberg. Das heißt auch nicht, dass es in Fehrbellin keine Diskussionen und keine unterschiedlichen, gegenteiligen Meinungen gibt, aber letztendlich wird

meistens ein breiter Konsens gefunden.

### Einige Beispiele, wo sich unsere Fraktion aktiv bzw. auch federführend eingebracht hat:

- Unterstützung der Jugend- und auch Seniorenarbeit in Fehrbellin. Hier war es vor allem wichtig, relativ kurzfristig die entstandenen Raumprobleme zu klären, um überhaupt die weitere Arbeitsfähigkeit dieser Gremien zu sichern. Nichtsdestotrotz fehlt es in der Gemeinde hier noch an langfristigen, dauerhaften Konzepten (fehlender Jugendclub in Fehrbellin; Initiierung eines Seniorenbeirates etc.). Wir sehen uns als Fraktion in der Pflicht, weiter dran zu bleiben.

# DIE LINKE.

## im Parlament

- Bürgernähe bei Entscheidungen - Unterstützung der Bürger des Wohngebietes am Sportplatz auf Bürgerversammlungen und bei der Beschlussfassung der Gemeindevertretung, um drohende, nicht gerechtfertigte Erschließungsbeiträge im Bereich der Zufahrten und Bürgersteige zu vermeiden.
- Durchführung eines »Stammtisches« im Vorfeld der Bürgermeisterwahlen in Fehrbellin mit Bürgermeisterin Ute Behnicke
- Aktive Teilnahme unserer Abgeordneten am Widerstand gegen den Nazi-Aufmarsch am 6. Juni 2015 in Neuruppin



Radweg »Stille Pauline« am alten Fehrbelliner Bahnhof

Foto: Jürgen Schubert

- Aufruf an alle Abgeordneten und Bürger zu einer Gedenkstunde gegen das Vergessen der Gräueltaten der Nazis im 2. Weltkrieg und Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung am 08.05.15 am Denkmal in Fehrbellin (soll zu einer jährlichen Aktion unserer Fraktion werden)
- Unterstützung der Kita-ErzieherInnen der Gemeinde beim aktuellen Tarifstreit, Verbesserung des Personalschlüssels etc.
- Unterstützung bei der Gestaltung eines sanften Tourismus in der Gemeinde (Ausbau des Radwegenetzes und Sicherung der Finanzierung über den bereits fertiggestellten Radweg »Stille Pauline« hinaus; Erarbeitung eines Wassertourismus-Konzeptes als gerade aktuelle Aufgabe). Auch hier wird sich die Fraktion weiterhin aktiv einbringen.
- Durchführung einer Spenden- und Solidaritätsveranstaltung für den in Fehrbellin abgefackelten Döner-Stand am 1. Mai diesen Jahres - war übrigens ein voller Erfolg! Wir haben am 1. Mai Flagge gezeigt und nebenbei in alle Haushalte in Fehrbellin die Junge Welt verteilt.

Dieter Sarnow  
Protzen

## Antrag der LINKEN zur Diskussion abgelehnt

Zwei Themen waren es, die den Sonderkreistag am 27. August bestimmten, die Verwaltungsstrukturreform und die Flüchtlingsaufnahme. Nicht nur, weil sich in der Bürgersprechstunde etliche Bürger mit Fragen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Luhme und Zechlinerhütte äußerten, sondern vor allen Dingen, weil uns die Akquise von Wohnungen zu schleppend vorangeht, wollten wir das Thema auf die Tagesordnung setzen. Aus unserer Sicht braucht es Personalabteilungen aus anderen Teilen der Verwaltung, um hier endlich schneller

in der Umsetzung der Wohnungsunterbringung zu werden. Zwar lehnte der Kreistag unseren Antrag, das Thema »Die Konzeption der kreislichen Unterbringung von Flüchtlingen« aus der Aktualität her direkt zu diskutieren, ab, aber wir werden es dann am 8. Oktober auf der regulären Kreistagssitzung behandeln.

Bei der Debatte zur Verwaltungsstrukturreform bekleckerte sich der Kreistag auch nicht mit Ruhm. Es wurde, und das nicht nur von der LINKEN, in vielen Fragen Kritik am Leitbildentwurf des Innenmi-

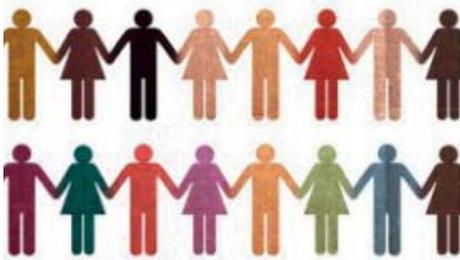
nisters geübt - zu wenig Bürgernähe, die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten werden nicht gestärkt, sondern durch größere Kreise noch schwieriger gestaltet. Das eigentliche Ziel, Aufgaben am Bürger von der Landesebene auf die Kreise und Kommunen zu verlagern, scheint ins Hintertreffen zu geraten.

Stattdessen bleibt als öffentliche Wahrnehmung am Ende des Beschlusses das wenig hilfreiche Bekenntnis zu Neuruppin als Kreisstadt stehen.

Freke Over  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

# Echte Wittstocker Willkommenskultur

## Viele machen mit bei der Hilfe für die Flüchtlinge



In der Juli-Ausgabe der Märkischen Linken berichteten wir davon, dass wir mit unseren Flüchtlingsfrauen gern in einer Schulküche kochen würden. Die Anfrage bei der Stadt wurde sofort positiv beantwortet, die Schule war auch gleich einverstanden. In diese Schule gehen auch die Flüchtlingskinder zum Deutschunterricht. Dort gibt es seit einiger Zeit eine Koch- und Back-AG, diese wird durch eine Schulsozialarbeiterin geleitet. Sie würden gern mit den Flüchtlingen gemeinsam kochen, aber es scheitert an den Finanzen. Die Flüchtlinge bekommen in Wittstock Vollverpflegung, ihnen wird dafür das Geld schon abgezogen. Sie müssten aber zum Kochen in der AG selbst einkaufen, was sie so alles dazu brauchen. Das übersteigt ihre finanziellen Möglichkeiten - unsere leider auch.

Inzwischen haben unsere fleißigen ehrenamtlichen Helfer verschiedene Ausflüge mit einigen Flüchtlingsfamilien gemacht, so z.B. zu einem Seefest nach Neuruppin, zum Mittsommerfest in Wittstock, zur Tour de Prignitz und zur Stadtführung mit Kirchturmbesteigung. Durch eine private Spende konnten Eintritt und auch mal ein kleines Eis für die Kinder bezahlt werden.

### Erneut sind die Nazis gescheitert

Bereits Ende März wollten sie durch die Stadt marschieren und auch in die Siedlung, in der drei syrische Familien wohnen. An diesem Tag macht aber traditionell die Stadt ihren Frühjahrsputz, sodass die Nazis nicht auf den Markt konnten. Wir veranstalteten ein Nachbarschaftsfest in der Siedlung, sie konnten also auch dort nicht hin. Das Fest war sehr schön. Wir grillten Bratwurst, die Syrer grillten Lammwürste und Hackspieße, das Haus der Begegnung hatte jede Menge Kuchen dabei, ein syrischer Bäcker brachte Kekse und das Spielmobil war ausgebucht. Die halbe Siedlung kam dazu und es gab eine musikalische Umrahmung, zu der

sogar auf Balkonen getanzt wurde. Viele Gespräche fanden statt, in verschiedenen Sprachen. Kontakte ergaben sich, die bis heute bestehen. Unterstützung bekamen wir durch den Vermieter und das Quartier-Management. Eine pensionierte Lehrerin verabredete sich mit der Tochter eines Syrers zur Nachhilfe, sie wollte in die 10. Klasse des Gymnasiums aufgenommen werden (Sie hat hart gearbeitet und die Sprachbarriere überwunden, sie hat es geschafft und darf nun die 10. Klasse besuchen).

Bei den Aktionen gegen die Nazis gab es wieder Rangeleien durch die Polizei mit unseren Jugendlichen aus dem Mittendrin. Die Polizei wollte erneut mit ungerechtfertigter Härte die Demo der Nazis schützen.

### Unterstützung von unserer Ministerin

Am 14.7.15 führen wir zu einer Dialog-Veranstaltung in die Staatskanzlei nach Potsdam, zu der unsere Ministerin Diana Golze eingeladen hatte. Es ging um zusätzliche Fördermittel für die Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützung. Es ist das erste Mal, dass wir von so einer Unterstützung durch den Landtag gehört

haben. Jedes Ministerium hat aus zugewiesenen Lottomitteln eine Summe abgegeben - so sind 80.000 Euro zusammengekommen. Alles für die Hilfe, die wir ehrenamtlich leisten. Das ist eine großartige Sache, hier macht man mehr, als man muss. Jeder kann pro Projekt bis zu 1.000 Euro bekommen. Wir haben dabei auch gesehen, wie viele Unterstützer für die Flüchtlinge arbeiten. Wir trafen viele Bekannte wieder, die seit Jahren auch in Bündnissen gegen die Nazis antreten.

Bei uns sind zur Zeit drei unterschiedliche Projekte im Plan, die wir nun auch durchführen können. Verschiedene Ausflüge in die Umgebung können stattfinden, Veranstaltungen und Sportwettkämpfe sind kein Traum mehr. Der Deutschunterricht ist in Angriff genommen worden. Leider kann das Kochprojekt nicht stattfinden, denn für Lebensmittel gibt es keine Förderung. Reiterhof und Tierpark, Dampferfahrt und Bowlingbahn, alles kann nun geplant werden. Ich persönlich hätte auch sehr gern Kinder dabei, die wegen Hartz IV so etwas nicht machen können. Ob sich da noch was ergibt?

Kerstin Zillmann  
Wittstock

## Kurzmeldungen

### Kreistagsfraktion DIE LINKE

Zum Ende des Monats August legte Gerd Klier (DIE LINKE) sein Mandat als Abgeordneter des Kreistages Ostprignitz-Ruppin nieder. Gründe sind die Konzentration auf seine Tätigkeit als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung in Neuruppin und die erhöhte Belastung durch seine beruflichen Aufgaben. Sein Nachfolger seit dem 1. September 2015 ist Siegfried Wittkopf (parteilos).

### Freundschaftsgesellschaft mal anders

Im Alt Ruppiner »Gemeindegarten« veranstaltete Anfang August 2015 die Freundschaftsgesellschaft ihr traditionelles Sommerfest. Zahlreiche Mitglieder fanden sich zu entspannten Gesprächen in fröhlicher Runde zusammen, nachdem vorher noch einige Jahresvorhaben besprochen worden waren. Sie dankten Barbara Hinz und besonders Heidi Ahlert, der Ortsvorsteherin von Alt Ruppin, für die auch dieses Mal wieder vorbildliche Organisation der Veranstaltung. Auch

russische und ukrainische Frauen waren der Einladung wieder gefolgt.

### Gelungener Ausflug

Die jährliche Dampferfahrt der linken Senioren auf Neuruppiner Gewässern fand, vom Stadtvorsitzenden Achim Behringer und von Arno Lisch (Mitglied des Stadtvorstandes) bestens organisiert, am 20. August 2015 statt - 29 Teilnehmer waren es dieses Mal.

Alle konnten mit der Ruppiner Fahrgastschiffahrt bestes Sommerwetter genießen, in der vor kurzem neu eröffneten Gaststätte in Stendenitz zu Mittag essen und dann das interessante Waldmuseum besuchen. Zeit für einen Spaziergang blieb auch.



## Verbote fördern kriminelle Strukturen

Die Hanfparade 2015 hatte laut Angaben der Polizei 8.000 Teilnehmer, darunter auch ein Genosse aus der AG Junge GenossInnen und meine Person, die für die Legalisierung von Cannabis als Rohstoff, Medizin und Genussmittel demonstrierten. Wir waren aber nicht nur vor Ort, um für die gerechte Sache zu demonstrieren, sondern auch, um Werbung für unsere Partei zu machen.

Die Reise aus dem schönen Land Brandenburg in die Hauptstadt mussten wir allerdings einzeln bewältigen - so saß ich schwer gepackt mit zwei »DIE LINKE«-Taschen, einer großen Fahne und einer Wasserpfeife aus Glas im Zug nach Berlin. Der erste Treffpunkt war der Washingtonplatz. Dort standen schon große Wagen von Unterstützern und Parteien bereit - diese setzten sich um halb zwei in Bewegung. Vorher wurden Reden von Größen aus der Legalisierungsszene und von Politikern gehalten, die die Demonstranten und mich mal mehr und mal weniger in den Bann zogen. Ich nutzte diese Zeit, um den bereits genannten Genossen zu suchen, allerdings hatte ich keinen Erfolg.

Da ich aber unmöglich zwei Taschen, eine große Parteifahne und eine Wasserpfeife alleine tragen konnte, gab ich die Fahne beim Wagen der LINKEN ab. Ich war nun in meiner Bewegung weniger eingeschränkt und begann mit der »Parteiarbeit«. Das bedeutete in diesem Fall, rumlaufen und Flyer, Feuerzeuge und Stifte mit dem Logo der LINKEN zu verteilen. Die Reaktionen auf die Kleinigkeiten waren alle sehr positiv.

Allgemein war die Stimmung sehr friedlich und freundlich. Das lag aber nicht nur an den netten Leuten, sondern auch an den verständnisvollen Polizisten der Hauptstadt, die an diesem Tag wohl nicht nur ein Auge zudrückten, wenn es um den sonst illegalen Konsum von Cannabis ging. So zog der friedliche Demonstrationszug durch die Straßen und hinterließ in der ganzen Stadt seinen süßlichen Geruch. Zum Glück für mich bewegte sich die Parade aber eher langsam und mit vielen Pausen, denn sonst wäre ich wegen der großen Hitze sicher dahingeschmolzen.

In den Pausen wurden weitere Reden gehalten, welche ich akustisch leider nicht verstehen konnte. Also nutzte ich die Zeit,

### Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.10.	Hartmut Buschke	Wusterhausen	zum	62.
Am	3.10.	Otto Theel	Neuruppin	zum	75.
Am	4.10.	Thomas Braun	Neuendorf	zum	69.
Am	5.10.	Edwin Kollhoff	Freyenstein	zum	77.
Am	7.10.	Ilona Reichert	Neuruppin	zum	61.
Am	8.10.	Egbert Nowack	Protzen	zum	61.
Am	12.10.	Dieter Brauch	Lindow	zum	74.
Am	19.10.	Waltraut Meyer	Heiligengrabe	zum	81.
Am	19.10.	Ingeborg Gädeke	Wittstock	zum	81.
Am	19.10.	Gisela Naumann	Wildberg	zum	78.
Am	24.10.	Günter Stübchen	Papenburg	zum	75.
Am	29.10.	Richard Schmidt	Rheinsberg	zum	89.
Am	29.10.	Waltraud Sack	Wittstock	zum	77.
Am	31.10.	Rosa Brunne	Kyritz	zum	88.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!



Frank Tempel, Drogenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, auf der Hanfparade 2015  
Foto: DIE LINKE, Frank Tempel

um all mein Infomaterial restlos zu verteilen und meinen Freund zu finden - dies gelang mir dann auch ca. eine Stunde vor Ende der Parade. Wir zelebrierten unser Wiedersehen mit dem Schmauchen (natürlich nur Tabak und keine anderen Substanzen) unserer Wasserpfeifen und tauschten uns über das Erlebte aus. Die letzten Stationen der Parade gingen wir nun gemeinsam, bis der Umzug pünktlich um 17 Uhr am Brandenburger Tor endete.

Dort wurde eine Abschlussparty mit Livemusik gefeiert, der ich leider nicht mehr beiwohnen konnte. Von den in der Luft liegenden »Rauchschwaden« immer noch leicht benebelt trat ich die Heimreise an.

Georg Albrecht  
Holzhausen

»Die Abkehr von Repression, wie z.B. in Portugal, ermöglicht besseren Gesundheitsschutz und wirkungsvollere Prävention. DIE LINKE setzt sich für eine Entkriminalisierung und letztlich die Freigabe aller Drogen ein. Freigabe heißt nicht, dass harte Drogen im Supermarkt zu bekommen sind, sondern dass Betäubungsmittel in Apotheken oder anderen Einrichtungen, die zugleich fachliche Beratung und Hilfe anbieten können, abgegeben werden. Über strenge Verbraucherschutzregeln wären Konsumenten vor Verunreinigungen und vor Erkrankungen, die aus unhygienischen Konsumbedingungen resultieren, besser geschützt.

Seit Jahren werden neue Sachstände in der Debatte ignoriert, die aktuelle deutsche Drogenpolitik ist bei weitem nicht auf der Höhe der Zeit.«

Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zum Bericht zur Rauschgiftlage 2013

(Quelle: <http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/artikel/deutsche-drogenpolitik-nichtauf-der-hoehe-der-zeit/>)

### Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR  
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,  
BIC: GENODEF1NPP  
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG



Für Vielfalt und Toleranz - unter diesem Motto hatte DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe zu ihrem nun schon traditionellen Sommerfest in den Wittstocker Amtshof eingeladen, und viele sind gekommen.

Bei herrlichem Sommerwetter brachte der Chor Katjuscha die Besucher in Stimmung, die Kinder vergnügten sich auf der Hüpfburg, Essen und Trinken war von allem reichlich da.

Auf der Bühne wurde unter Moderation von Hartmut Winkelmann (Stadtverordneter Pritzwalk) zu den Themen Verwaltungsstrukturreform und Asylpolitik mit kompetenten Gesprächspartnern wie Landrat Ralf Reinhardt,

den Bürgermeistern Jörg Gehrman (Wittstock) und Holger Kippenhahn (Heiligengrabe), Kirsten Tackmann (MdB), Margitta Mächtig (MdL), Freke Over (Kreistagsabgeordneter) und Paul Schmudlach (Stadtverordneter Neuruppin) sachlich und inhaltsreich diskutiert.

Zum Abschluss sorgten die Chris Richie Brothers mit ihren Songs noch einmal ordentlich für Stimmung. Es war wieder ein rundherum gelungenes Fest.

Vielen Dank allen Besuchern, den Organisatoren und Helfern - wir sehen uns sicher im nächsten Jahr wieder!

Foto: Jürgen Schubert

## Termine (Aktualisierung auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Mittwoch, 16.09.15	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 21.09.15	<b>Stadtverordnetenversammlung Neuruppin - Sondersitzung</b> 18.30 Uhr, Rathaus A, K.-Liebknecht-Str.
Montag, 21.09.15	<b>Gemeinschaftsschule bis zum Abitur - Perspektive für Rheinsberg? - mit Gerrit Große, Bildungspolit. Sprecherin der LINKEN im Landtag Brb.</b> 18.30 Uhr, Rheinsberg - H.-Rau-Schule
Mittwoch, 23.09.15	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 28.09.15	<b>Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 30.09.15	<b>Stadtverordnetenversammlung Kyritz</b> 18.30 Uhr, Rathaus Kyritz
Donnerstag, 01.10.15	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 05.10.15	<b>Stadtverordnetenversammlung Neustadt/Dosse</b> 19.00 Uhr, Neustadt - Gaststätte »Olafs Werkstatt«
Montag, 05.10.15	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 05.10.15	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Dienstag, 06.10.15	<b>Aktivenkonferenz Kreisverbände PR+OPR - Verwaltungsstrukturreform</b> 18.30 Uhr, Kyritz - Bluhm's Hotel
Donnerstag, 08.10.15	<b>Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 17.9. u. 1.10.	<b>Marxistischer Lesekreis</b> 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)

Redaktion: Jürgen Schubert (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller, Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309

Fax: 030/22776308

Funk: 0173/3804592

[www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**

Tel.: 033971/32857

Fax: 033971/32893

E-Mail: [bergmann@kirsten-tackmann.de](mailto:bergmann@kirsten-tackmann.de)

Sprechzeiten:

Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

**Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE**

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**

Schinkelstr. 13, Neuruppin;

Tel.: 03391/2383

Sprechzeiten:

Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr

14.00 - 16.00 Uhr

Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Margitta Mächtig**, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE

Tel.: 0331/966-1500

[www.margitta-maechtig.de](http://www.margitta-maechtig.de)

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz

Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**

Tel.: 033971/304941

E-Mail: [maechtig@dielinke-opr.de](mailto:maechtig@dielinke-opr.de)

Sprechzeiten:

Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**

Schinkelstr. 13, Neuruppin;

Tel.: 03391/655420

Fax: 03391/655422

[www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)

E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)

Sprechzeiten:

Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr

14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**

Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**

Mo. 14.00 - 16.00 Uhr

Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Geschäftsstelle Kyritz**

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;

Tel.: 033971/72086

Fax: 033971/32893

E-Mail: [bock@dielinke-opr.de](mailto:bock@dielinke-opr.de)

Sprechzeiten:

Die. 10.00 - 12.00 Uhr

**Geschäftsstelle Wittstock**

Marktgasse 2, Wittstock;

Tel.: 03394/4031363/-64/-65

E-Mail: [wittstock@dielinke-opr.de](mailto:wittstock@dielinke-opr.de)

Sprechzeiten:

Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr

Mi. 09.00 - 12.00 Uhr

Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**

**Fr., 25.09.2015**

**Erscheinungsdatum:**

**Mi., 07.10.2015**